

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Kuschel (DIE LINKE)

und

Antwort

des Thüringer Innenministeriums

Neukonzipierung Polizeiausbildung im Bereich "Grund- und Menschenrechte"

Die **Kleine Anfrage 1147** vom 4. Januar 2011 hat folgenden Wortlaut:

Der Thüringer Innenminister hat angekündigt, die Polizeiausbildung im Bereich "Grund- und Menschenrechte" neu zu konzipieren und zu stärken (vgl. Thüringische Landeszeitung und Osterländer Volkszeitung vom 21. Dezember 2010).

Dabei ist u. a. ein obligatorischer Besuch der Gedenkstätte "Point Alpha" bei Geisa vorgesehen. Außerdem soll im Jahr 2011 ein weiteres Projekt zur Aus- und Weiterbildung der Thüringer Polizei starten, das durch die Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" gefördert wird.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Schwerpunkte umfasst gegenwärtig die Polizeiausbildung im Bereich "Grund- und Menschenrechte" und wo bestehen derzeit Defizite, denen durch die Neukonzipierung und Stärkung begegnet werden sollen?
2. Welche konkrete Zielstellung wird mit der Neukonzipierung der Polizeiausbildung im Bereich "Grund- und Menschenrechte" verfolgt und welche Schwerpunkte sollen hierbei besondere Berücksichtigung finden?
3. Welche Gedenkstätten werden in der gegenwärtigen Polizeiausbildung obligatorisch besucht und welche Gedenkstätten sollen künftig im Rahmen der Polizeiausbildung obligatorisch besucht werden? Nach welchen Kriterien wurden und werden diese obligatorischen Gedenkstättenbesuche ausgewählt und wie werden diese thematisch in Ausbildung und Lehrplan eingebunden?
4. Inwieweit ist der Innenminister berechtigt, für die Polizeiausbildung im Bereich der "Grund- und Menschenrechte" konkrete Vorgaben (wie Gedenkstättenbesuche) zu machen und inwieweit besteht dabei ein Interessenkonflikt zum Grundsatz der Freiheit der Lehre und Forschung der Verwaltungsfachhochschule? Wie wird diese Auffassung begründet?
5. Wer nimmt die Neukonzipierung und Stärkung des Bereichs "Grund- und Menschenrechte" im Rahmen der Polizeiausbildung vor? Inwieweit ist die Verwaltungsfachhochschule daran beteiligt? Welche Externe sind an diesem Prozess in welcher Art und Weise beteiligt?

Das **Thüringer Innenministerium** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 22. Februar 2011 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

In der gegenwärtigen Ausbildung der Polizei bestehen weder im mittleren Polizeivollzugsdienst noch im gehobenen Polizeivollzugsdienst Defizite im Bereich der "Grund- und Menschenrechte". Im Rahmen beider Ausbildungen werden die erforderlichen Kenntnisse der polizeilich relevanten Grundrechte vermittelt. Dies betrifft insbesondere die Menschenwürde, das Recht auf Leben, das Recht auf körperliche Unversehrtheit, die Freiheit der Person, die freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Freiheit der Meinungsäußerung, die Versammlungsfreiheit, die Unverletzlichkeit des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses, die Unverletzlichkeit der Wohnung und der Schutz des Eigentums. Darüber hinaus werden die so genannten grundrechtsgleichen Rechte, hier insbesondere die Justizgrundrechte, behandelt.

Zu 2.:

Das bisherige Bildungsangebot im Bereich "Grund- und Menschenrechte" erfährt derzeit eine Erweiterung und Ergänzung. Bisher wurden die polizeirelevanten Grundrechte überwiegend aus juristischer Perspektive betrachtet. Nunmehr wird dies durch historisch-politische Perspektiven erweitert und ergänzt. Das Thüringer Innenministerium hat das Projekt "Implementierung historisch-politischer Bildungsarbeit in die Aus- und Fortbildung der Thüringer Polizei" am 7. Januar 2011 der Öffentlichkeit vorgestellt. Mit dem Projekt soll im ersten Schritt ein Konzept zur Implementierung historisch-politischer Bildungsarbeit in die polizeiliche Aus- und Fortbildung der Thüringer Polizei erstellt werden. In der Folge sollen dann die entsprechenden Aus- und Fortbildungspläne angepasst und das Lehrpersonal am Bildungszentrum der Thüringer Polizei entsprechend fortgebildet werden.

Mittelpunkt des Projekts ist die Vertiefung historisch-politischer Bildungsarbeit in der Aus- und Fortbildung der Polizei. Den Polizeibeamtinnen und -beamten wird die Möglichkeit gegeben, über die Reflexion des eigenen Berufsstands hinaus die Rolle der Polizei in der Gesellschaft zu vertiefen. Die intensive Auseinandersetzung mit Freiheit und Demokratie sowie die geschichtlich gewachsene Bedeutung von Menschenrechten soll sowohl im Unterricht als auch an historischen Lernorten gefördert und gestärkt werden. Junge Polizeibeamtinnen und -beamte, die im Schutz des demokratischen Rechtsstaats aufwachsen konnten, kennen das Fehlen von Menschenrechten nicht aus eigenem Erleben. Daher soll insbesondere bei ihnen das Bewusstsein über die Entstehungsgeschichte und den Wert der Menschenrechte und die besondere Verantwortung für ihren Schutz gestärkt werden. Die Erkenntnisse sensibilisieren für das tägliche polizeiliche Handeln und den Umgang mit den Bürgern, aber auch für den Umgang mit Extremismus. Ein zentrales Thema der historisch-politischen Bildungsarbeit ist dabei die Geschichte der Organisation Polizei. Die Polizei des NS-Staates, in anderer Weise auch die der DDR, sind Beispiele dafür, wie diktatorische Staaten ihre Polizei in den Dienst des Systems stellen.

Zu 3.:

In den gegenwärtigen Ausbildungen wird die Gedenkstätte Buchenwald in einer Tagesveranstaltung besucht. Diese Veranstaltung umfasst sowohl den Bereich der KZ-Gedenkstätte als auch das sowjetische Speziallager Nr. 2. Als eine Gedenkstätte mit "doppelter Vergangenheit" ist die Gedenkstätte Buchenwald besonders für die historisch-politische Bildungsarbeit geeignet. Auch sind die dortigen begleitenden Materialien für die historisch-politische Bildungsarbeit besonders wertvoll. Im Rahmen der Ausbildung zum mittleren Polizeivollzugsdienst ist auch bereits die Gedenkstätte "Point Alpha" besucht worden. Die Auswahl der zukünftig zu besuchenden Lernorte und die Einbindung in die Lehr- und Ausbildungspläne sind Bestandteil des Projektes.

Zu 4.:

Die Ausbildung von Polizeivollzugsbeamten findet am Fachbereich Polizei der Thüringer Fachhochschule für öffentliche Verwaltung für die Polizeianwärter des gehobenen Polizeivollzugsdienstes und am Bildungszentrum der Thüringer Polizei für die Polizeianwärter des mittleren Polizeivollzugsdienstes statt. Sowohl der Fachbereich Polizei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung als auch das Bildungszentrum der Thüringer Polizei sind Einrichtungen der Polizei und unterstehen somit der Dienst- und Fachaufsicht der obersten Dienstbehörde. Gedenkstättenbesuche sind fester Bestandteil der Ausbildung der Polizeimeisteranwärter und der Studierenden zur Thematik der Grund- und Menschenrechte. Die Auswahl der zu besuchenden Gedenkstätten liegt in der Verantwortung der jeweiligen Bildungseinrichtung. In der Vergangenheit war dies regelmäßig die Gedenkstätte Buchenwald. Im Sommer letzten Jahres wurde durch das Bildungszentrum der Thüringer Polizei erstmals auch die Gedenkstätte "Point Alpha" besucht. Welche Gedenkstätten zukünftig im Rahmen der Grund- und Menschenrechtsausbildung besucht werden, ist auch Bestand-

teil des Projekts zur Implementierung historisch-politischer Bildungsarbeit in die Aus- und Fortbildung der Thüringer Polizei. Dieses Projekt wurde bei der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" durch das Bildungszentrum der Thüringer Polizei eigenverantwortlich beantragt und wird dort auch durchgeführt.

Zu 5.:

Das Projekt wird am Bildungszentrum der Thüringer Polizei durchgeführt. Geleitet wird das Projekt durch einen an das Bildungszentrum der Thüringer Polizei abgeordneten Dozenten des Fachbereichs Polizei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung. Das Projekt konzentriert sich in einer ersten Phase auf die Ausbildung des mittleren Polizeivollzugsdienstes und auf die Fortbildung am Bildungszentrum der Thüringer Polizei in Meiningen. In einer weiteren Phase ist auch an eine Erweiterung auf die Ausbildung am Fachbereich Polizei der Thüringer Fachhochschule für öffentliche Verwaltung gedacht. Kooperationspartner des Projektes ist die Willy-Brandt-School der Universität Erfurt. Darüber hinaus wird insbesondere mit den Thüringer Gedenkstätten an Lernorten historisch-politischer Bildungsarbeit zusammengearbeitet. Konkrete Absprachen zur Zusammenarbeit bestehen mit der Gedenkstätte Buchenwald, der Gedenkstätte "Point Alpha", aber auch mit anderen Institutionen, wie z. B. der Erfurter Außenstelle des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU).

Geibert
Minister